

Gewaltfreiheit heißt Verantwortung Konstruktive Antworten auf aktuelle Krisen

Björn Kunter

Ob beim geforderten Abzug aus Afghanistan, der Nichtbeteiligung an der Bombardierung Libyens oder dem geforderten Nichtverkauf von Panzern nach Saudi Arabien: Pazifisten wird regelmäßig vorgeworfen sich aus der Verantwortung zu stehlen. Doch tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Zu all diesen Fragen haben wir stets Gegenvorschläge gemacht und Alternativen aufgezeigt.

Verhandlungen in Afghanistan

Seit Beginn des Krieges vor zehn Jahren haben wir durchgehend Verhandlungen mit den Taliban gefordert. Damit ein Friedensprozess entstehen kann, braucht es einen Waffenstillstand, wie ihn die Taliban bereits für die Region Kundus angeboten hatten, bevor der lokale Kommandant gezielt getötet wurde. Bundesregierung und NATO bauen ihre Strategie immer noch auf Allmachtsfantasien wie die Vorstellung, durch gezielte Tötungen Verhandlungen erzwingen zu können anstatt sich der Wirklichkeit zu stellen und gezielt Freiräume für die Friedenskräfte in der afghanischen Gesellschaft zu schaffen. Wie Otmar Steinbicker in unserem aktuellen Infopapier (Juli) darstellt, gehört auch die für Dezember geplante Petersberger Konferenz in den Bereich der Fantasie und Mythenbildung, wenn die Taliban nicht eingeladen werden.

Unterstützung des arabischen Frühlings

Aller Überraschung zum Trotz muss anerkannt werden, dass in Ägypten in langjährigen gewaltfreien Kämpfen wichtige Grundlagen für eine gewaltfreie Bewegung aufgebaut wurden. In weiten Teilen der arabischen Welt ist eine Leitkultur des gewaltfreien Protests entstanden, die nicht nur Regimewechsel ermöglicht, sondern auch die Grundlage für ihre – langsame und auch von Rückschritten begleitete – Demokratisierung bildet. Die europäische Zivilgesellschaft ist gefordert, nun ein

Netz von Initiativen und Partnerschaften zu unseren Nachbarn aufzubauen, um ihre Bemühungen unterstützen und Freiräume gegen die Gewalt schaffen zu können. Ägypten und Libyen lehren uns, dass Bürgerkriege nur dort verhindert und gewaltfreie Übergänge organisiert werden können, wo die Idee der Gewaltfreiheit so stark verankert war, dass sich die Demonstrierenden nicht provozieren ließen. Anstelle von Panzern sollte Deutschland gewaltfreie Erfahrungen, Konzepte und Praktiken exportieren.

Verantwortung in Libyen und Syrien

In Libyen und Syrien rächt sich das jahrelange Versäumnis gewaltfreie Mittel und Prozeduren der Schutzverantwortung aufzubauen. Nach Anwendung inakzeptabler Gewalt braucht es starken, sofortigen Druck, diplomatische Initiativen und Zufluchtsorte um einen Waffenstillstand und geregelte Übergangsprozesse zu ermöglichen. Wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen sollten sofort, transparent und ohne Ansehen der Bündnisbeziehungen verhängt und ebenso verlässlich auch wieder aufgehoben werden. Experimente, über den Schutz hinaus, einen Machtwechsel von außen zu erzwingen, sind dagegen illegitim und kontraproduktiv.

Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten

Anstatt weiterhin konzeptionslos am Pulverfass Naher Osten herumzudoktern, brauchen wir eine Friedensinitiative für die gesamte Region. Im Rahmen einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten muss das Wettrüsten in der Region beendet werden. Israel und der Iran brauchen Sicherheitsgarantien. Die Palästinenser brauchen eine Perspektive. Realpolitik heute wäre es, diese simplen Tatsachen anzuerkennen und nachhaltige Lösungen zu suchen. Realpolitik kann nur gewaltfrei sein.

© UN Photo/Fardin Waezi



Demokratisierung und Gewaltfreiheit brauchen Bildungsfreiheit. Schüler im April 2009 an der Butkhak High School in Kabul, Afghanistan.

© UN Photo/UNAMA



Demokratisierung und Gewaltfreiheit brauchen Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Proteste am 1. April 2011 in der Nähe eines UN-Büros in Mazar-i-Sharif, Afghanistan.

© UN Photo/Tim Page



Demokratisierung und Gewaltfreiheit brauchen Entscheidungs- und Wahlfreiheit. Präsidentschafts- und Provinzratswahlen am 20. August 2009 in Herat, Afghanistan.

Diesmal

Militär und Politik

Ferien vom Krieg

Ende der Wehrpflicht

Rezension: Gewaltfreie Aktion

Kampagne: 20 Mio. mehr...

Liebe Leserin, lieber Leser,



Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen! Dieser Tage geht mir diese Mahnung nicht aus dem Kopf, die als Konsequenz aus den Verbrechen des Nationalsozialismus entstand. Wie steht es damit heute, mehr als ein halbes Jahrhundert später? Sieht man sich die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung an, ist nicht mehr viel davon übrig: „Deutsche Sicherheitsinteressen“, zu denen auch gehört, „einen freien und ungehinderten Weltmarkt sowie den freien Zugang (...) zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen“, sollen durch das „gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente“ gewahrt werden, auch durch „den Einsatz von Streitkräften“. Während der vormalige Bundespräsident noch seinen Hut nehmen musste, weil er genau das aussprach, findet sich diese Logik nun explizit hierin wieder. Weit entfernt, dass Deutschland eine Friedensnation wäre – nun wird sogar ganz offiziell der Verteidigungsfall aufgerufen, wenn der deutsche Volkswagen nicht genügend Sprit kriegt. Die Politik will also weiterhin auf deutsche Soldatinnen und Soldaten zur Verteidigung „unserer“ Sicherheit am Hindukusch und anderswo setzen. Also ist die (Zivil-)Gesellschaft gefragt, um das Vorrücken der Bundeswehr im In- und Ausland zu verhindern und dem Militär den Raum streitig zu machen, den es mehr und mehr einzunehmen versucht. Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen! Dieser Vorsatz darf nicht mit denen aussterben, die selbst noch erfahren haben, wie der totale Krieg von deutschem Boden aussieht. Sie muss, hereingetragen in Schulen und andere Bereiche des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens und als nicht nachlassende Forderung an die Politik, auch von den neuen Generationen verinnerlicht werden. Wir alle sind hierfür verantwortlich...

Ihre Judith Conrads

Der Reiz des Militärischen für die Politik

Ute Finckh

Seit fast 20 Jahren beschließt der Deutsche Bundestag auf Antrag der Bundesregierung regelmäßig, die Bundeswehr in Auslandseinsätze zu schicken bzw. verlängert bestehende Mandate. Obwohl sich ebenso regelmäßig herausstellt, dass die Einsätze im besten Fall außer hohen Kosten nichts bewirken, im schlimmsten massiv zur Konflikteskalation beitragen, scheint bei der großen Mehrheit der Abgeordneten kein ernsthaftes Umdenken in Sicht. Im Gegenteil, als die Bundesregierung erklärte, sich nicht am Libyen-Einsatz der NATO zu beteiligen, gab es heftige Kritik aus den Reihen der Oppositionsparteien SPD und Grüne (und etwas weniger heftige von einzelnen Vertretern der Regierungsparteien). Die Pressemitteilung mit dem Titel „Keine militärischen Abenteuer!“ kam nicht aus dem Bundestag, sondern vom Bundeswehrverband.

Was bewegt eine große Mehrheit der Abgeordneten dazu, immer wieder Anträgen der Bundesregierung auf Auslandseinsätze der Bundeswehr in namentlicher Abstimmung zuzustimmen? „Fraktionszwang“ greift – außer bei der an die Vertrauensfrage geknüpften Abstimmung zur Beteiligung an OEF im November 2001 – offensichtlich zu kurz, da es bei vielen dieser Abstimmungen in den meisten Fraktionen Minderheiten gab, die gegen das Fraktionsvotum stimmten. Trotzdem mussten wir in mehr als einem Fall feststellen, dass Abgeordnete, die als überzeugte PazifistInnen in den Bundestag gewählt wurden, innerhalb einer Legislaturperiode zu ebenso überzeugten VerfechterInnen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr wurden.

Mit der Mandatierung der Einsätze durch den Bundestag wird die Verantwortung aus Sicht der Abgeordneten an die Exekutive abgegeben. Die Bundeswehr, die – was auch niemand ändern will – dem „Primat der Politik“ unterworfen ist, argumentiert allerdings, die Verantwortung läge nach wie vor bei „der Politik“, was aus Militärsicht (und in der Umgangssprache bzw. den Medien) ein Sammelbegriff für Regierung, Parlament und Parteispitzen ist. Aus Sicht einer nach Befehl und Gehorsam organisier-

ten Institution folgt daraus dann, dass keine öffentliche Kritik am Einsatz als solchem oder an einzelnen Ereignissen (wie dem Bombardement in Kundus) mehr geübt werden darf, sondern den im Einsatz befindlichen SoldatInnen uneingeschränkte Solidarität der gesamten Bevölkerung zusteht – eine Sicht der Dinge, die von vielen Abgeordneten übernommen wird, mit den anderweitig üblichen Regeln demokratischer Auseinandersetzung aber nicht viel zu tun hat.



Das Herz (in) der Waffe – abstruse Botschaft des „World Peace Festivals“. Das Aktionsbündnis Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel hat kein Herz für Panzer u. Co! (s. www.aufschrei-waffenhandel.de)



Wie lässt sich nun die merkwürdige Begeisterung der Mehrheit der Abgeordneten fürs Militär als Mittel der Politik erklären? Mögliche Erklärungsmuster sind:

- Quer durch alle Parteien werden bestimmte Politikfelder als wichtig, andere als unwichtig empfunden. Als wichtig zählen Außen-, Innen-, Verteidigungs- und Haushaltspolitik, als unwichtig Senioren-, Familien- oder Entwicklungspolitik (bei manchen Politikfeldern ist das Ansehen parteispezifisch – z.B. Umwelt- oder Arbeitsmarktpolitik). Die parteiübergreifend als wichtig wahrgenommenen Themen sind genau die, bei denen finanzkräftige Wirtschaftsunternehmen, starke Lobbyverbände oder mächtige Ministerien alles unternehmen, um Abgeordnete in ihrem Sinne zu beeinflussen.
- Die notorische Geheimniskrämerie bei allem, wo es vermeintlich oder

Everybody is human

Hamdi Aburahma

tatsächlich um „Sicherheit“ geht, verhindert, dass die Abgeordneten mit Dritten über das, was ihnen von der Exekutive vorgesetzt wird, diskutieren können. Wer nur noch mit denen, die er kontrollieren soll, reden darf, wird meist schnell betriebsblind.

- Solidarität mit NATO- oder EU-Partnern wird oft als eigenständiger politischer Wert angesehen, argumentativ ergänzt durch „Mitmachen, um mitentscheiden zu können“, was dann wiederum zur innenpolitischen Legitimation genutzt wird.

Aber vielleicht auch:

- „Man muss doch alles tun, um zu verhindern, dass Menschen vertrieben oder getötet werden, notfalls auch mit militärischen Mitteln.“ (Für diese Haltung hat der Journalist Eric Chauvistré den Begriff „Gutkrieger“ geprägt.)
- „Wir müssen der Öffentlichkeit zeigen, dass wir schnell und entschieden zu handeln bereit sind.“
- „Wenn man schon so viel Geld fürs Militär ausgibt, soll es auch etwas tun.“

Wie können wir mit dieser Gemengelage umgehen? Sicher nicht so wie diejenigen, die neuerdings unter dem Titel „Global Peace Building Strategy“ eine Besteuerung des Waffenhandels fordern, um den Opfern bewaffneter Konflikte zu helfen oder Friedensprojekte zu finanzieren („Waffenverkäufe besteuern, um Kriegsopfern zu helfen“). Das ist das friedenspolitische Pendant von „Greenwashing“ und muss in aller Schärfe zurückgewiesen werden. Stattdessen lohnt es sich, genau hinzuschauen, wie wir die Abgeordneten unterstützen können, die sich dem militärfixierten außenpolitischen Mainstream entziehen, und wie wir diejenigen zum Umdenken bringen können, die sich immer wieder von den Argumenten der Rüstungs- und MilitärbefürworterInnen einfangen lassen.

Auf unserem Bundesausschuss am 12.11. wollen wir über dieses Thema mit der Bundestagsabgeordneten Kathrin Vogler diskutieren.

Ute Finckh ist Vorstandsvorsitzende des BSV.

Ende Juli nahm ich an dem zweiwöchigen Begegnungsprogramm „Ferien vom Krieg“, teil, organisiert vom Komitee für Grundrechte und Demokratie. Seit nunmehr 16 Jahren ermöglicht dieses Projekt jungen Menschen aus der Balkanregion und dem Nahen Osten, fernab der jeweiligen Krisengebiete zu Dialogseminaren zusammenzukommen und sich über Lösungsmöglichkeiten auszutauschen. In diesem Jahr trafen sich bei Köln 30 PalästinenserInnen und 30 Israelis.

Der erste Tag des Programms begann mit einem gemeinsamen Kennenlernen aller CampTeilnehmerInnen. Es gab einen allgemeinen Überblick über das Programm, insbesondere über Herangehensweisen und Aspekte anstehender Diskussionen. Anschließend wurden alle TeilnehmerInnen in drei Gruppen aufgeteilt. Jede Gruppe bestand aus PalästinenserInnen, Israelis sowie Trainern der jeweiligen „Parteien“ und einem Dolmetscher. In den einzelnen Gruppen tauschte man sich über Hoffnungen, Ängste und Wünsche für die Zukunft aus und diskutierte verschiedene Lösungsansätze, gemäß den Forderungen und Bedürfnissen beider Konfliktparteien.

Schnell stellten die Teilnehmenden fest, dass die individuellen Erwartungen und Lösungsvorschläge, auch innerhalb der beiden Konfliktparteien, stark ausein-

ander gingen, wodurch sich verschiedene, teilweise konträre Lager bildeten. Thematisch wurde die Diskussion von Holocaust und Nakba beherrscht. Alle Teilnehmenden berichteten über ihre persönlichen Lebens- und Leidensgeschichten vor dem Hintergrund des Nahost-Konflikts.

Meine persönliche Geschichte handelte vom Tod meines Cousins Bassem Aburahma, der in einer friedlichen Demonstration von israelischen Militärs erschossen wurde. Darüber hinaus berichtete ich vom gewaltfreien Kampf meines Heimatdorfs Bil'in gegen die Konfiszierung seines Landes und die militärische Besetzung durch Israel. Ich zeigte den Teilnehmenden den Dokumentarfilm „Goodbye Bassem: You were a friend to us all“, der Bassems Leben und seinen Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit gewidmet ist. Damit wollte ich verdeutlichen, dass dieser Konflikt seine Opfer auch unter denen fordert, die für eine friedliche, gewaltfreie Lösung eintreten. Die Filmpräsentation sollte zum Nachdenken anregen und zum Verständnis der Teilnehmenden beitragen, dass sich hinter dämonisierten Feindbildern stets Menschen befinden. An den Reaktionen der Teilnehmenden war diesbezüglich eine positive Wirkung erkennbar.

Neben den täglichen Gruppendiskussionen standen auch Freizeitaktivitäten



Gemeinsam (etwas) bewegen – Junge Menschen aus Israel und Palästina jenseits der Grenzen.

Das Ende der Wehrpflicht

Eine Zwischenbilanz aus der Sicht der Zentralstelle KDV

Werner Glenewinkel und Peter Tobiassen

auf dem Programm. Wir unternahmen Tagesausflüge, u.a. nach Köln, Bonn und in die Niederlande. Interessant war zu sehen, dass sich, abseits politischer Diskussionen, ganz natürliche Gruppendynamiken entwickelten und PalästinenserInnen und Israelis einen normalen Umgang miteinander pflegten. Ein weiterer wichtiger Programmpunkt war das Heranführen der TeilnehmerInnen an die Kultur und Tradition der jeweils anderen Konfliktpartei. Die PalästinenserInnen spielten eine traditionelle Hochzeit nach, während die Israelis einen Einblick in das Samstagsgebet gaben.

Die letzten drei Tage erwiesen sich für alle als die schwierigste Zeit im Camp. In mehreren Diskussionsgruppen wurden verschiedene Aspekte des Konflikts behandelt, u. a. eine Zweistaatenlösung, zukünftige Staatsgrenzen oder die palästinensische Flüchtlingsfrage. Letztlich mussten alle Teilnehmenden ernüchert feststellen, als welche schwierige Aufgabe es sich erweist, Lösungen zu finden, die den Forderungen und Bedürfnissen aller involvierten Parteien gerecht werden. Offen sprach man über Zukunftsängste, sollten Friedensverhandlungen zwischen Israel und Palästina scheitern.

Trotzdem erwies sich das Camp für alle TeilnehmerInnen als eine wichtige und positive Erfahrung. Fernab des Krisengebiets konnten PalästinenserInnen und Israelis einander kennen lernen und erste Brücken von Verständnis und Menschlichkeit schlagen. Denn, das wurde mir hier aufs Neue klar: „Everybody is human – we just grew up differently!“ Der scheinbar unmöglichen Beilegung des Konflikts zum Trotz waren sich alle am Ende einig, dass es eine friedliche Lösung im Nahostkonflikt geben kann. Um dieses Ziel zu erreichen braucht es jedoch viel Mut, couragiertes Handeln und Durchhaltevermögen. Die Schaffung von Frieden erweist sich als ein langer, nie endender Prozess.

Hamdi Aburahma ist Fotograf aus Palästina und absolviert im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes ein freiwilliges Jahr beim BSV.

Übersetzung: Conny Aburahma

Die letzten Wehrpflichtigen haben im Januar 2011 den Dienst angetreten. Seitdem dienen nur noch Freiwillige in der Bundeswehr. Im Zivildienst sind nur noch einige Tausend Dienstleistende – alle freiwillig. Die letzten werden im Dezember 2011 entlassen.

Stand der Dinge – KDV wird zum Spezialproblem

Was passiert seit der Aussetzung der Wehrpflicht am 30.6.2011? Zur Verdeutlichung einige Zahlen: 400.000 Männer werden nicht mehr unter Androhung von Bußgeld und polizeilicher Vorführung zwangsweise zur Musterung zitiert. 90.000 werden nicht mehr unter Androhung von Gefängnisstrafen zum Zivildienst und 60.000 nicht mehr zum Wehrdienst einberufen. 10.000 müssen nicht mehr als „ehrenamtliche“ Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirken und 6.000 nicht mehr ein „freiwilliges“ Jahr anstelle des Zivildienstes leisten. Keine Musterungen mehr, keine Einberufungen mehr, keine Probleme mehr mit Befreiungen oder Zurückstellungen. Alles, was mit dem Zwangsdienst zusammenhing, ist weggefallen. Punkt.

Aufgrund dieser Sachlage wird es in Zukunft fast keine Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer mehr geben. In den letzten Jahren gab es rund 4.500 KDV-Anträge von SoldatInnen. 4.300 dieser Anträge wurden aber von Grundwehrdienst und freiwillig länger Wehrdienst Leistenden gestellt. Diese wird es zukünftig nicht mehr geben. Von den zukünftig freiwillig Wehrdienst Leistenden sind KDV-Anträge kaum noch zu erwarten. Neu eingeführt wurde, dass für SoldatInnen die ersten sechs Dienstmonate als Probezeit gelten, in denen der Dienst ohne Angabe von Gründen beendet werden kann. Erst ab dem siebten Dienstmonat ist eine Kündigung nur mit Zustimmung des Dienstherrn möglich. Wer ab diesem Zeitpunkt Gewissensbedenken gegen den Waffendienst hat, kann nach dem bekannten schriftlichen KDV-Anerkennungsverfahren verweigern. In einer kleineren Bundeswehr und mit der neu eingeführten Probezeit dürften zukünftig kaum mehr als 200 SoldatInnen pro Jahr verweigern.

200 kriegsdienstverweigernde Zeit- und BerufssoldatInnen gab es in den letzten Jahren. Es ist schwer vorherzusagen, wie sich diese Zahl entwickeln wird. Kriegseinsätze der Bundeswehr oder besondere Vorkommnisse bei diesen Einsätzen haben diese Zahl bisher kaum beeinflusst. Dabei wäre eigentlich zu erwarten gewesen, dass nach der Bombardierung der Tanklaster bei Kundus viele der knapp 5.000 in Afghanistan stationierten SoldatInnen sich die Frage hätten stellen müssen, ob sie den Tod unbeteiligter ZivilistInnen weiterhin billigend in Kauf nehmen. Dass das nicht so ist, können KDV-Verbände zwar beklagen. Das Klagen ändert aber offensichtlich nichts.

200 Ratsuchende – wenn es bei dieser Zahl bleibt - pro Jahr sind eine sehr überschaubare Zahl, selbst wenn die einzelnen Verfahren durchaus kompliziert sein werden. Sie brauchen ein konstruktives Zusammenspiel von FachanwältInnen mit Organisationen wie dem Darmstädter Signal, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, pax christi und der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden, um die nötige Unterstützung zu erfahren.

Rückblick – Die Zentralstelle hat ihre Ziele erreicht

1957, als die Zentralstelle KDV gegründet wurde, herrschte der Kalte Krieg, eine Massenarmee wurde aufgebaut und Kriegsdienstverweigerer wurden als „Ohnemichl“, Drückeberger oder Kommunisten beschimpft und von staatlichen Stellen massiv eingeschüchtert. In dieser Situation schufen dem Frieden verpflichtete Organisationen eine gemeinsame Einrichtung, die drei-erlei leisten sollte: eine Plattform bilden, auf der die Mitgliedsorganisationen ihre Positionen zur Kriegsdienstverweigerung abstimmen und verstärken konnten; gemeinsame Lobbyeinrichtung für Gespräche mit Politik und Behörden sein; und als Backoffice den örtlichen Beraterinnen und Beratern der Mitgliedsverbände zur Verfügung stehen. Diese drei Aufgaben hat die Zentralstelle KDV bis Ende 2010 unverändert wahrgenommen.



Ging es zunächst nur um die Abwehr von Schlechterstellungen von Kriegsdienstverweigerern innerhalb des Wehrpflichtsystems, so haben sich die Mitgliedsorganisationen nach dem Ende des Kalten Krieges für den Wegfall der Wehrpflicht eingesetzt. Denn jetzt entfiel die bis dahin von der Politik und auch dem Bundesverfassungsgericht vertretene sicherheitspolitische Begründung für eine Wehrpflicht. Mit der jetzt erfolgten Aussetzung des Zwangsdienstes muss nicht mehr um verfassungsgemäße Anwendung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung gestritten werden. Die Gewissensfreiheit für Kriegsdienstverweigerer ist eben weitestgehend gewährleistet, wenn niemand mehr über die Wehrpflicht zum Kriegsdienst gezwungen wird.

Schon 2003 wurde eine Befreiungsregelung eingeführt, die die Wehrpflicht im Verteidigungsfall praktisch aussetzte. Verheiratete und eingetragene Lebenspartner wurden auf Antrag vom Wehrdienst befreit. Diese Befreiung galt auch für den Kriegsdienst im Verteidigungsfall. Sollte im Verteidigungsfall eine Einberufung zum unbefristeten Kriegsdienst erfolgen, konnten jeweils zwei Einberufene gemeinsam entscheiden, ob sie in den Schützengraben einrücken oder lieber auf dem Standesamt eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen wollten. Im Klartext: Wehrpflichtige wurden für den Verteidigungsfall nicht mehr eingeplant. Die Kriegsdienstpflicht im Verteidigungsfall wurde – von Politik und Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – schon vor sieben Jahren ausgesetzt.

Wer als junger Mann heute nicht will, dass die Militärverwaltung von seiner Existenz erfährt, kann dem Einwohnermeldeamt einfach untersagen, seine Meldedaten weiterzugeben. Wer sich

zu spät meldet und merkt, dass die Daten schon weitergegeben sind, kann die sofortige Löschung der Daten bei der Wehrverwaltung verlangen. Dabei werden die Daten zudem nur weitergegeben, um Werbematerial für den Soldatenberuf zu versenden. Wer auf diese Werbung nicht reagiert, wird nie wieder etwas von der Bundeswehr hören. Die Daten werden nach einem Jahr automatisch gelöscht.

Ausblick – Es geht auch ohne Militär, aber wie?

Mit dem Beschluss der noch aktiven Zentralstelle KDV sind eine geordnete Vereinsabwicklung und vor allem eine geordnete Rückübertragung der Restaufgaben an die Mitgliedsorganisationen möglich. Die Internetseite www.Zentralstelle-KDV.de wird es als aktives Archiv bis Ende 2014 geben. Dort finden sich auch die Informationen, wer für welche Fragen weiterhin zuständig ist.

Sollte das Parlament – z.B. nach der Bundestagswahl 2013 - die Bundeswehr wieder zu einer Massenarmee ausbauen wollen und sich dafür der Zwangsrekrutierung von Frauen und Männern bedienen, wird die Rekrutierungsmaschinerie mit Sicherheit anders aussehen als die Wehrpflicht des letzten Jahrhunderts. In dieser Situation werden sich Menschen finden, die sich dann ein neues Werkzeug - eine der Zeit angemessene „Zentralstelle KDV“ - schaffen, um für die Gewissensfreiheit der Kriegsdienstverweigerer einzutreten, vermutlich aber auch für deutlich mehr, nämlich für die Ächtung von Zwangsrekrutierung und Krieg.

In ihrer Schlussveranstaltung (siehe www.Zentralstelle-KDV.de/z.php?ID=371) am 15. Mai, dem internationalen Tag der Kriegsdienstverweige-

Dieses Transparent wird nicht mehr gebraucht – doch der Protest gegen Krieg und Militär geht weiter!

rung, hat die Zentralstelle KDV sich über den Rand ihrer Satzung hinaus gewagt und die Frage gestellt: Geht es auch ohne Militär? Der Untertitel der Veranstaltung lautete: Noch ist nicht alles gut in einem Deutschland ohne Wehrpflicht.

Wer kann was tun?

Die Zentralstelle KDV ist eine Dachorganisation mit einem Spezialauftrag: Gewissensfreiheit der Kriegsdienstverweigerer. Das Wächteramt über den staatlichen Umgang mit dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung kann eine Fachorganisation wie das Komitee für Grundrechte und Demokratie (www.grundrechtekomitee.de) übernehmen. Für den Schutz ausländischer Kriegsdienstverweigerer tritt der Verein Connection (www.connection-ev.de) mit bestem Fachwissen sehr effektiv und erfolgreich ein.

Für andere Friedensfragen hatte die Zentralstelle KDV kein Mandat, bei dem breiten Spektrum ihrer Mitgliedsverbände ließe sich ein solches auch kaum entwickeln. Die Mitgliedsorganisationen der Zentralstelle KDV sind aber fast alle ebenfalls Mitglied bei anderen Dachorganisationen, die in sehr unterschiedlicher Weise zu Friedensfragen arbeiten, im Bund für Soziale Verteidigung (www.soziale-verteidigung.de), im Forum Ziviler Friedensdienst, (www.forumzfd.de), in der Kooperation für den Frieden (www.koop-frieden.de) oder in der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (www.konfliktbearbeitung.net). Hier liegen genug kreative Ressourcen, um gegen die Militarisierung der Gesellschaft und für zivile Konfliktlösungsoptionen aktiv zu werden.

Allerdings muss die Zivilgesellschaft mitziehen. Empörung und Engagement gehören zusammen. Eine Chance für jedermann, den Kriegsdienst weiterhin zu verweigern, ist die Aktion Militärsteuerweigerung. Motto: von KDV zu MSV (www.netzwerk-friedenssteuer.de).

Werner Glenewinkel ist Vorsitzender der Zentralstelle KDV.

Peter Tobiassen ist bis zu ihrer Abwicklung Geschäftsführer der Zentralstelle KDV.

Gewaltfreie Aktion

Rezension eines potenziellen Standardwerks

Björn Kunter

Suchte mensch nach Büchern zu gewaltfreier Aktion oder zivilem Ungehorsam, so wurde man bisher fast ausschließlich auf den englischen Sprachraum oder auf Publikationen aus den 80er Jahren verwiesen. Umso begrüßenswerter ist, dass Reiner Steinweg und Ulrike Laubenthal mit „Gewaltfreie Aktion – Erfahrungen und Analysen“ einen Sammelband herausgebracht haben, um den Stand der Forschung und Praxis zusammenzufassen.

Gerade in der Praxis hat sich viel getan. Gewaltfreie Aktionen sind heute aus politischen Protestbewegungen nicht wegzudenken und werden, wie in Stuttgart und Gorleben, aber auch bei „Block G8“ zu sehen war, inzwischen nicht mehr nur von kleinen Aktionsgruppen durchgeführt, sondern als Massenergebnis zum (spontanen) Mitmachen organisiert. Entsprechend widmen sich gut die Hälfte der 28 Artikel verschiedenen Praxisbeispielen, an denen die Vielfalt der Aktionen und ihre Weiterentwicklung sichtbar wird. Hier sprechen die

PraktikerInnen und es tut dem Buch gut, dass somit erst Vielfalt und auch Abweichungen von der Theorie gewaltfreier Aktionen aufgezeigt werden, bevor Theodor Ebert, Clara Wichmann, Andreas Buro und Martin Arnold deren Grundzüge beschreiben. Jochen Stay, Uwe Painke und Konrad Tempel setzen sich dann im dritten Teil mit der Frage auseinander, wie Menschen auf gewaltfreie Aktionen vorbereitet und in diese massenhaft eingebunden werden können.

Im letzten Block sollen abschließend aktuelle Diskussionen kritisch aufgegriffen werden. Dabei geht es anlässlich der gewaltsamen Eskalationen 2010 auf der Free Gaza Flotte und den Anti-NATO-Protesten in Straßburg vor allem um die Frage, ob gewaltfreie Aktionen auch zusammen mit AkteurInnen durchgeführt werden sollten, die der Gewalt nicht grundsätzlich abgeneigt sind. Allerdings plädieren Michael Nagler, Egbert Jahn, Wolfgang Hertle und Ulrike Laubenthal aus ihrer jeweiligen Perspektive für das gleiche: Eine prinzipientreue Gewaltfrei-

heit, wie sie die (pazifistischen) Minderheitenbewegungen der letzten Jahrhunderte in Deutschland geprägt hatten. Vor dem Hintergrund der ausgewählten tragischen Beispiele klingt das erst einmal überzeugend. Insgesamt vermisst mensch jedoch den Gegenstandspunkt, um neben den Gefahren und Risiken einer „nur“ strategischen Gewaltfreiheit auch deren Chancen zu diskutieren. Das ist schade, denn wie auch die Praxisbeispiele zeigen, ist die Praxis der gewaltfreien Akteure schon längst weiter.

Dennoch hat das Buch das Potenzial zu einem neuen Standardwerk. Wer einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der gewaltfreien Aktion in Deutschland bis 2010 in einem Buch haben will, sollte zugreifen.

Reiner Steinweg, Ulrike Laubenthal (Hrsg.): Gewaltfreie Aktion – Erfahrungen und Analysen, Brandes & Apsel 2011, 21,90 Euro

Björn Kunter ist Geschäftsführer beim BSV.



20 Millionen mehr vom Militär!

Kampagne für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes

Christoph Bongard

Mit festgefrorenem, aber charmantem Lächeln übergab Verteidigungsminister Thomas de Maizière am 11. April dem - ebenso steif dreinblickenden - Entwicklungsminister Dirk Niebel einen überdimensionierten Scheck. „20 Millionen Euro für den Zivilen Friedensdienst“ lautete der Verwendungszweck. Die Übergabe wurde von begeisterten Jubelrufen Schilder schwenkender FriedensaktivistInnen begleitet. Leider

ist der Scheck bis heute nicht gedeckt: Der Zivile Friedensdienst ist immer noch unterfinanziert.

Die Aktion vor dem Berliner Sitz des Bundesverteidigungsministeriums war nur einer von vielen Beiträgen zum Auftakt der Kampagne „20 Millionen mehr vom Militär!“. Mit der Kampagne wollen Friedensorganisationen 20.000 Unterschriften für den Ausbau des Zivilen

Friedensdienstes sammeln und damit von der Bundesregierung einen Schritt in Richtung „Vorrang für zivil“ einfordern.

Der Zivile Friedensdienst

Der Zivile Friedensdienst ist nicht zuletzt ein politischer Erfolg der Friedensbewegung. Der BSV hatte von Beginn an maßgeblichen Anteil an der ersten erfolgreichen Kampagne, die im Jahr 1999 die Einführung des ZFD erreichte. Heute arbeiten weltweit etwa 250 ausgebildete Fachleute für Friedensarbeit mit gewaltfreien Mitteln in Konfliktregionen. Sie unterstützen MenschenrechtsaktivistInnen, bieten Konfliktparteien Orte für Dialog, fördern Versöhnungsinitiativen und helfen bei der Reintegration ehemaliger KämpferInnen.

Christoph Bongard ist Leiter der Abteilung Kommunikation im forumZFD.



Kampagnenkontakt:

forumZFD
Wesselstraße 12
53113 Bonn
Tel. 0228 8502960
kontakt@forumZFD.de
www.20millionen-mehr-vom-militaer.de

An vielen Orten beteiligen sich Friedensgruppen mit Aktionen an der Kampagne – hier eine „Scheckübergabe“ in Berlin.

Hawaii als Mittelpunkt der (Friedens-)Welt

Das Center for Global Nonkilling

Stephan Brües

Sind Gesellschaften denkbar, in denen nicht getötet wird? Das ist eine Frage, mit der sich auch der BSV beschäftigt, wenn auch nicht immer so explizit. Im fernen Hawaii stellt der emeritierte Politikprofessor Glenn D. Paige diese Frage in den Mittelpunkt eines globalen Netzwerks aus AkademikerInnen, KünstlerInnen und AktivistInnen. Das Ziel, menschliches Töten substanziell zu verringern und gar gänzlich zu verhindern, gehe jedermann und jedefrau an, sagen Paige und seine MitstreiterInnen.

Die Idee ist, in allen Fachgebieten – von der Geschichte bis zu den Naturwissenschaften - Fakten, Strategien und Trai-

nings anzubieten, zu vernetzen und zu dokumentieren, die der Förderung des Nichttötens dienen.

Die hauptamtlichen MitarbeiterInnen arbeiten rund um den Globus (Hawaii, USA, Kolumbien, Thailand, Brasilien und Spanien), daneben unterstützen hunderte AkademikerInnen weltweit das Netzwerk, darunter u.a. Johan Galtung (TRANSCEND), Noam Chomsky, Hanne-Margret Birckenbach (Uni Gießen) und Martina Fischer (Berghof Conflict Research).

In unterschiedlichsten Fachgebieten werden Bücher veröffentlicht, die auf

der Homepage www.nonkilling.org frei zugänglich sind, z.B. „Toward a Nonkilling Paradigm“, „Nonkilling Societies“ oder „Engineering Nonkilling“ sowie - auch auf Deutsch - Paiges Standardwerk „Nonkilling – Wissenschaft von der nicht-tötenden Gesellschaft“ (HDK-Verlag). Es finden weltweit Akademien statt, u.a. in Kenia, Mosambik oder Thailand.

Glenn Paige liest offenbar unsere Rundbriefe, seit er durch Mitgründerin Petra Kelly den BSV kennen lernte. Wir senden ihm die allerbesten Wünsche nach Hawaii! Aloha!

Stephan Brües ist Vorstandsmitglied des BSV und Koordinator der AG Nonviolent Peaceforce.

Den Kreuzzug durchkreuzen – 10 Jahre „Krieg gegen den Terror“

Dokumentation zur Jahrestagung 2011 erschienen

Die Dokumentation enthält die Beiträge der Rednerinnen und Redner und die Ergebnisse einiger Arbeitsgruppen:

Martin Arnold verweist auf den 11. September im Jahr 1906 und den Beginn von *Satjagraha*. Er kontrastiert ein „gütekraftiges“ Handeln im Sinne Gandhis mit dem „Krieg gegen den Terror“. Otfried Nassauer analysiert Entwicklungen innerhalb der Sicherheitspolitik nach 9/11. Elke Stevens bespricht gesellschaftliche Militarisierungstendenzen, insbesondere die Auswirkungen des „Kriegs gegen den Terror“ auf den deutschen Rechtsstaat

und die deutsche Gesellschaft und Ute Finckh-Krämer präsentiert die Ergebnisse ihrer Arbeitsgruppe zur Zivilisierung des Militärischen. Otmar Steinbicker gibt eine Einschätzung zur Lage in Afghanistan. Eine übersetzte Fassung von Stellan Vinthagens Vortrag zu den Möglichkeiten gewaltfreier Aktion gegen nichtstaatlichen Terrorismus knüpft thematisch daran an. Roland Schüler konstatiert ein *Vor* und ein *Nach* dem 11. September und skizziert die Entstehung des Feindbilds Islam in Deutschland. Gudrun Knittel präsentiert als Ergebnis der gemeinsamen Arbeitsgruppe sieben

Bausteine zur Überwindung eines solchen. Renate Wanie resümiert über die eigentlichen Ziele und Ressourcen in der Friedensbewegung. Björn Kunter kritisiert das Verhalten der internationalen Gemeinschaft im Fall Kirgisistan im Sommer 2010 und rückt in einem Gedankenexperiment die wirksamen, bereits verfügbaren Handlungsmöglichkeiten und Ressourcen der Friedensbewegung in den Vordergrund.

Die Dokumentation erscheint als Hintergrund- und Diskussionspapier und kann für 3,50 € beim BSV bestellt sowie kostenlos auf der BSV-Homepage heruntergeladen werden.



Anfang Juni fand auf den finnischen Aland-Inseln das jährliche Treffen des europäischen Netzwerkes für Zivile Friedensdienste EN.CPS und der europäischen Mitgliedsorganisationen der Nonviolent Peaceforce statt. Etwa 30 VertreterInnen aus ganz Europa diskutierten Strategien für die zukünftige Zusammenarbeit.

Weitere Informationen unter www.en-cps.org

Unter dem Motto „Fantasie für den Frieden“ war der BSV mit einem Stand beim Evangelischen Kirchentag in Dresden vom 01.-05.06.2011 auf dem Markt der Möglichkeiten vertreten. In Zelten untergebracht, mit der Hitze kämpfend, hatten wir wieder mal sehr schöne Begegnungen. Es fanden sich Mitglieder, Interessierte und auch ganz zufällig Vorbeigehende ein, wodurch sich anregende Gespräche ergaben.

Die Teilnahme hat sich gelohnt. Daher haben wir uns jetzt schon entschlossen, auch auf dem nächsten Ev. Kirchentag mit einem Stand vertreten zu sein. Diesmal geht die Fahrt in den Norden nach Hamburg. Also merkt euch schon mal den Termin 01.-05.05.2013.



Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel. 0571 29456, Fax 0571 23019
info@soziale-verteidigung.de, www.soziale-verteidigung.de
Spendenkonto Nr. 89420814, Sparkasse Minden, BLZ 49050101
Redaktion und V.i.S.d.P. Judith Conrads, Gestaltung Kai-Uwe Dosch
Druck art & image Minden, Auflage 6500, Erscheinungsweise vierteljährlich
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe November 2011

Gier im Herz – weltweit Schmerz...

Kommentar von Judith Conrads

Mit 13 und erwachendem politischen Bewusstsein trug ich – nicht ohne Stolz ob der empfundenen Provokanz seiner Aussage – einen schwarzen Aufkleber auf meinem Schulhefter, auf dem zu lesen war: Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt. Daneben eine stilisierte Fliegerbombe mit hämisch grinsendem Totenschädel. Zwei, drei Jahre später entfernte ich den Sticker (zugegebenermaßen) ein wenig verschämt wieder – irgendwie erschien er mir in seiner so direkten und wenig subtilen Aussage und dem simplen Reim ein wenig zu plump. Heute, Jahre später, liest man den Satz wieder immer öfter, meist als Zitat aus (vergangenen) Protestzeiten, aber auch, um einer aktuellen Empörung Ausdruck zu verleihen.

Der arabische Frühling geht nun schon fast in den Herbst über und von deutschen Fließbändern rollen die Panzer direkt nach Saudi-Arabien, deutsche Waffen, deutsches Geld... Aber darf denn ein deutsches Rüstungsunternehmen uneingeschränkt seinem wirtschaftlichem Profit nachstreben und Waffen und anderes Kriegsgerät exportieren, noch dazu in Krisen- und Konfliktgebiete? Darf es nicht – es benötigt dazu die Genehmigung der Bundesregierung bzw. des sich aus dieser konstituierenden Bundessicherheitsrates, der anhand der Rüstungsexportrichtlinien über die Ausfuhr von Rüstungsgütern entscheidet. Einer der Grundsätze dabei ist, keine Lieferungen in Konfliktgebiete und jene Regionen, die zu solchen zu werden drohen, zu genehmigen. Ein Grund zur Beruhigung? Fehlanzeige. Die jüngst ans Licht gekommenen Exportgenehmigungen des Bundessicherheitsrates

für Geschäfte mit Saudi-Arabien zeigen es. Panzer, Lizenzen zum Nachbau von Sturmgewehren oder der Bau der Fabriken für selbige – alles für die Stabilität im Nahen Osten?? So heißt es zumindest von Regierungsseite, denn es gelte, mit solchen Deals den „stabilen Partner“ in der Region zu unterstützen. Wie das mit den Rüstungsexportrichtlinien zusammenpasst, wird nicht verraten. Und die Frage, ob mit den gelieferten Waffen nicht in erster Linie die Zivilbevölkerung in der Region „stabil“ gehalten werden soll, wird dabei von den Verantwortlichen ebenfalls ignoriert.

Nicht, dass nicht auch vorher deutsche Rüstungslieferungen in alle Welt und für Regime jeglicher Art genehmigt wurden. Militärfahrzeugen nach Libyen, Raketen für Indien, Panzer nach Pakistan: Die Leoparden für die Saudis finden sich in bester deutscher Handelstradition. Nur

sticht die Skrupellosigkeit von Regierung und Rüstungsindustrie unter den gegebenen Umständen und dem Fokus, den die deutsche (Medien-)Öffentlichkeit aktuell auf die Region legt, mehr ins Auge. Umso wichtiger ist es, diese Aufmerksamkeit zu nutzen und die schmutzigen Geschäfte offenzulegen und den Skandal herauszurufen: ...morden mit in aller Welt!

Denn – und hiermit revidiere ich mein Urteil aus Teenagerzeiten – auch wenn hier mit Welt auf Geld ein Reimpaar mit enorm grauen Haaren bemüht wird (in etwa so, wie Herz auf Schmerz), so ist im Gegensatz der Inhalt des Satzes leider noch immer höchst aktuell und kann als Aufforderung an uns alle verstanden werden, daran mitzuwirken, ihn endlich zum Anachronismus werden zu lassen.

Judith Conrads ist Geschäftsführerin beim BSV.

Termine

IFGK-Studentag: Gütekraft

15. Oktober 2011, 9-17 Uhr,
Naturfreundehaus in Köln-Kalk

Der Studentag beschäftigt sich mit dem Thema Gütekraft und der nun fertiggestellten Arbeit von Martin Arnold „Gütekraft: Ein Grundmodell der Wirkungsweise erfolgreicher gewaltfreier Konfliktaustragung nach Hildegard Goss-Mayr, Mohandas K. Gandhi und Bart de Ligt“. Alle Interessierten werden gebeten, sich mit einer Zusammenfassung der Studie, die der Autor zur Verfügung stellt, vorzubereiten und sich ggf. weiter unter www.martin-arnold.eu zu

informieren. Auch im Band „Gewaltfreie Aktion“ (s. Rezension) ist eine Skizze der wichtigsten Ergebnisse der Studie zu finden.

Anmeldung bitte im Vorfeld an CSchweitzerIFGK@aol.com. Weitere Informationen unter www.ifgk.de.

BSV-Bundesausschuss: zivil-militärische Zusammenarbeit

12. November 2011, 10-13 Uhr,
BSV-Geschäftsstelle in Minden

Referentin ist Kathrin Vogler, MdB. Interessierte sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Anmeldungen bitte bis zum 28.10. an die BSV-Geschäftsstelle, siehe Impressum.

Name:

Straße:

Ort:

Telefon:

E-Mail:

Bitte senden Sie mir:

- Broschüre und Verleihbedingungen zur Fotoausstellung „Menschenrechte in Belarus“ 1,00 €
- Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 30: Neue Wege aus der Gewalt – Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland 2,50 €
- Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 31: Den Kreuzzug durchkreuzen – 10 Jahre „Krieg gegen den Terror“ 3,50 €
- E-Mail-Newsletter des BSV
- Weitere Informationen zur Arbeit des BSV
- Informationen zur Mitgliedschaft beim BSV